

Fehrbelliner Zeitung

Anzeiger für das Ländchen Berlin
und die Umgegend.

Behördliches Publikations-Organ für die
Stadt Fehrbellin.

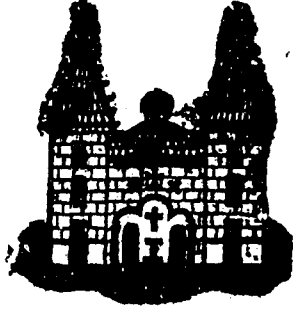
Erscheint wöchentlich 3 mal: am Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend

Abonnementspreis:

für Monat Februar 1,10 M.

Durch Boten ins Haus gebracht 1,20 M., durch die Post 1,30 M.

Druck und Verlag: W. Ewald



Anzeigenpreise:

Die 5 mal getheilte Petitzeile 10 Pfg., für Auswärtige 20 Pfg.

Reklamezeile 50 Pfg.

Preis freiübend.

für die Redaktion verantwortlich: Walter Ewald.

Nr. 17

Donnerstag, den 9. Februar 1928

Jahrg. 39.

Die erste ordentl. Stadtverordnetenversammlung des Jahres 1928.

Am 7. Februar, abends 8 Uhr fand im Sitzungssaal des Rathhauses die erste ordentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung statt. Es war eine recht reichhaltige Tagesordnung durch die Stadtväter zu erledigen. Von den 12 Stadtverordneten waren 11 anwesend. Einer fehlte wegen Erkrankung. Der Magistrat war vollständig vertreten. Auch die Bürger unserer Stadt waren recht zahlreich zu dieser Versammlung erschienen.

Pünktlich 8,05 Uhr eröffnete der Vorsteher die Versammlung, den Stadtvätern die herzlichsten Wünsche unterbreitend. Mögen alle Beschlüsse, so führte der Vorsteher weiter aus, die im vergangenen Jahre gefaßt worden sind, zu positiven Ergebnissen führen.

Dann widmete er dem verstorbenen Gastwirt und Schlächtermeister Albert Müller einen warmherzigen Nachruf. Der Verstorbene hat eine lange Reihe von Jahren segensreich für das Gemeinwohl unserer Stadt gewirkt. Dieser Tatsache gedenkend hat der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung sich einhellig an dem Begräbnis des Verewigten beteiligt. Auch der Bürgermeister widmete im Namen des Magistrats und seinem eigenen Herzen folgend dem Verstorbenen, der ein Menschenalter in der Stadtverordnetenversammlung gewirkt und auch Vorsteher gewesen war, würdige und ernste Worte der Anerkennung. Der Vorsteher konnte konstatieren, daß sich die Versammlung und das Auditorium zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen erhoben hatten.

Dem kurzen Bericht des Vorstehers über die Tätigkeit im vergangenen Jahre entnehmen wir folgendes: Neun öffentliche Sitzungen und 3 geheime Sitzungen fanden statt. Das Jahr brachte auch den Ankauf der Domäne, sodann gab er einen Rückblick auf die Verhandlungen des verfloffenen Jahres, aus denen hervorgeht, daß die Tagesordnungen, die in fleißiger Arbeit erledigt wurden, der Stadt zum Segen gereichten. Möge, so schloß der Vorsitzende, alles das, was aus der Versammlung herausgeholt worden ist, der Stadt zum weiteren Blühen und Gedeihen sich entwickeln.

Nun trat die Versammlung in die Erledigung der Tagesordnung ein und ging zuerst zur

Neuwahl des Büros

über. Nachdem die gesetzlichen Bestimmungen für die Wahl des Büros verlesen worden waren, wurden der Stv. Beck zum Zettelvertheiler und der Stv. Wegener zum Aufseher ernannt. Während der Stv. Schubert II in seiner Eigenschaft als stellv. Vorsitzender die Versammlungsleitung übernimmt, vollzieht sich in ruhiger Weise die Zettelwahl des Stadtverordnetenvorstehers. Die Wahl hatte folgendes Ergebnis: Der bisherige Stv.-Vorst. erhielt 7 Stimmen, 2 Zettel waren unbeschrieben und der Stv. Schreiber 2 Stimmen. Die Wahl des stellv. Vorstehers bedurfte zweier Wahlgänge. Letzten Endes wurde der bisherige Stellvertreter Schubert II wiederum für sein Amt wiedergewählt.

Der 2. Punkt der Tagesordnung betraf die

Bekanntgabe der Revisionsprotokolle

sämtlicher städtischer Kassen. Die Revisionen gaben zu Erinnerungen keinen Anlaß.

Eine längere Debatte verursachte

der Verkauf des Wohnhauses Ruppinerstraße 136.

Der Stadtverordnetenvorsteher verließ den Kaufvertrag, den der Käufer, Malermeister Miekner, mit dem Magistrat über den Ankauf des Hauses abgeschlossen hat. Danach kostet das Grundstück 8500 Mark. Miekner zahlt 4000 Mark bar an, während der Rest der Kaufsumme vom 1. Februar an mit 8% zu verzinsen ist. Am 31. März 1928 muß das Grundstück übergeben werden. Zwei Mieter in dem Hause sind gekündigt worden, während dem dritten Mieter eine Tauschwohnung gestellt werden soll. In der Besprechung dieser Angelegenheit betonte der Bürgermeister, daß man sich bezgl. der 3. Wohnung nicht sicher festlegen könne, aber es erscheint sicher, daß der 3. Mieter durch Kauf eine Wohnung erlangen könne. Während der Stadtverordnete Adam der Ansicht ist, daß das Grundstück mit der genannten Kaufsumme bezahlt ist, meint der Stadtv. Schubert, daß der Stadtv. Adam sich irrt; es ist in dem Hause viel gebaut und die Kaufsumme betrage an die vorkriegszeitlichen Verhältnisse gemessen, etwa 5000 M. Es ist im Gegentheil nicht zu teuer bezahlt. Der Bürger-

meister unterstrich die Ausführungen des Stadtv. Schubert und behauptete, daß die neuerichteten Arbeiterhäuser etwa 10 000 Mark gekostet hätten. Danach bemessen wäre das Haus nicht zu teuer bezahlt. Endlich wurde der Magistratsbeschuß mit 9 Stimmen angenommen.

Recht lebendig wurde die Aussprache als ein Plan zu einem:

Urnenfriedhof,

den der Sohn des Bürgermeisters entworfen hatte, der Versammlung zur Kenntnis unterbreitet wurde. Wenn dieser Plan ausgeführt werden sollte, so würde das etwa 580 Mark ohne Arbeitslohn kosten. Die Summe ist im Friedhofetat da. Der Stadtv. Schreiber begrüßt den Gedanken, einen Urnenfriedhof zu schaffen, ist aber für einen bescheidenen Anfang. Es wäre keine große Anlage notwendig; er sei gegen jede Neubewilligung. Auch andere Stadtverordnete, namentlich der Stadtv. Schubert hat sich die Anlage eines Urnenfriedhofes nicht so großartig gedacht; er könnte in seiner Aufmachung einfach sein. Der Bürgermeister gibt einen Rückblick auf die Entwicklung unserer Verdigungsstätte. Er betonte, was ein Beichenstein kostete, das brauche noch nicht einmal für die Beschaffung eines Urnenfriedhofes aufgebracht werden. Würdig müsse er aber ausgestattet sein. Es entspannt sich nun ein reger Disput zwischen dem Stadtverordnetenvorsteher und dem Stadtv. Schreiber. Ersterer trat für eine würdige und schöne Anlage eines Urnenfriedhofes ein, während der Stadtv. Schreiber mehr die praktische Seite der Anlage betonte. Der Bürgermeister will nur kleinen Schmuck hineinbringen (bei dieser Gelegenheit ertönte der Zwischenruf aus der Versammlung: aber besser als der Osteingang unserer Stadt). Stadtv. Adam fragt fernerhin an, ob nicht die hiesigen Gärtner bei dieser Anlage zu Rate gezogen werden könnten. Nach langem Hin und Her wurde endlich der Plan des Magistrates, einen Urnenfriedhof einzurichten, einstimmig zur Kenntnis angenommen. Im übrigen will der Magistrat sich bemühen, diese ganze Angelegenheit noch einmal der Stadtverordnetenversammlung zu unterbreiten, die dann endgültig beschließen soll, wie der Urnenfriedhof ausgestattet werden soll.

Im folgenden Punkt der Tagesordnung handelt es sich um die Bewilligung von etwa 140 Mark zur

Beschaffung von 60 Pappeln und 25 Kirschbäumen.

Die bisher gepflanzten Pappeln, die aus Bönicke bezogen worden sind, waren zumteil eingegangen, zumteil mitwülig zerstört, während die Kirschen zu spät gepflanzt, eingegangen sind. Es ist jetzt die beste Zeit Kirschen zu pflanzen. Stadtv. Miese betonte, daß die Anpflanzung der Bäume, wenn sie nicht eingehen sollen, sachgemäß geschehen muß. Es muß zugegeben werden, daß die meisten Bäume aber mitwülig zerstört worden sind. Der Antrag wurde mit großer Stimmenmehrheit schließlich angenommen.

Bei dem folgenden Punkt der Tagesordnung

Domänenangelegenheiten,

gab der Bürgermeister ein ausführliches Bild dieser Materie. Der Bürgermeister ist optimistisch genug, die gesamten Domänenangelegenheiten zu gutem Ende zu führen. Auch die Leute, die auf der Domäne beschäftigt waren, werden aufleben gestellt werden. Sie können Gelegenheit nehmen, sich anzusiedeln. Auch die Handwerker können Land zu erwerben, um gärtnerische und landwirtschaftliche Anlagen sich zu beschaffen, wie das in anderen Städten unserer Mark bereits geschehen ist. Sodann ging auch der Bürgermeister auf eine Anfrage des Stv. Adam hin auf den Vertrag mit dem Kulturamt des näheren ein. Danach muß der Plan für die Siedelung mit dem Einvernehmen der Stadt aufgestellt werden. Sollten dann, wenn der Plan einmal fest steht, Änderungen vorgenommen werden, so verfällt die Stadt in eine Strafe zu 10 000 Mark. Anschließend hierauf ging der Bürgermeister auf die Eingemeindung des Gebietes der Senker Mühle in die Stadtgemeinde Fehrbellin ein. An der Hand einer langen Reihe von Schriftstücken zeigte der Redner, daß die Eingemeindung des gesamten Gebietes für die Stadt nicht zweifelhaft sei.

Der Kaufmann R. Nathan und Genossen haben der Stv.-Versammlung ein Gesuch eingereicht, in dem sie bitten, das Domänenhaus, das doch jetzt der Stadt gehört, zur

Zentrale des Kreiskrankenhauses

zu machen. Das Gesuch erörtert des längeren und breiteren die Vorzüge, die das Domänengebäude zur Errichtung eines Krankenhauses aufweist. Nach kürzerer Aussprache soll dieses Gesuch dem Magistrat als Material überwiesen werden.

In das Kuratorium der Lorenzstiftung, dessen Tätigkeit bis jetzt geruht, weil kein Geld vorhanden war, soll seine Tätigkeit wieder aufnehmen, da wiederum 1200 Mark für die Zwecke der Stiftung vorhanden sind, wurden die beiden alten Mitglieder, Barbierherr Brauns und der Maurer Miekner gewählt.

Der Punkt „Verschiedenes“ brachte wiederum Anfragen der Stv. Teschner und Adam bezüglich des Straßenpflasters in der Feldbergstraße. Der Stv. Adam beantragte doch eine Kommission für diese Zwecke zu wählen. Er wird aber belehrt, daß eine solche in der Wegebaukommission vorhanden sei. Gleichzeitig lenkte er die Aufmerksamkeit der Versammlung auf das wüste Gelände am Osteingang der Stadt hin. Ihm wurde geantwortet, daß der Maurermeister, der die Gebäude auf Abbruch gekauft, verpflichtet sei, Ordnung zu schaffen. Im übrigen wurde der Versammlung mitgeteilt, daß der Magistrat sich bereits mit dieser Angelegenheit beschäftigt hat und demnächst für Nemedur Sorge tragen werde. Mit diesem Trost wurde um 10,15 Uhr die erste Stadtverordnetenversammlung des neuen Jahres geschlossen.

Tarnow. Es wurden im Jahre 1927 getauft: Gerda Anna Elise Neumann; Rose Elisabeth Schnitzler; Billy Fritz Paul Drews; Friedrich Karl Otto Krieger; Niua Eva Marie Holzhiuter; Marianne Wilhelmine Vogler; Edith Lina Kraag; Helga Margarete Joffin. — Es wurden getraut: Billy Otto August Drews und Frieda Emma Anna Brunnemann; Ernst Karl Hermann Wolter und Martha Frieda Heise; Paul Hermann Wilhelm Hammert und Magdalena Anna Könnefahrt. — Es wurden konfirmiert: Margarete Bertha Marie Schwampe; Hildegard Marie Minna Gruer; Erna Anna Marie Schmidt; Wilma Mathilde Blumhagen; Wanda Amanda Wilhelmine Flügge; Frieda Auguste Pauline Miese; Friedrich Hermann Rudolf Neumann; Karl Fritz August Messow; Erwin Medin; Heinz Ulrich Sue; Erich Seegermann; Otto Martin Friedrich Spielhagen; Hans Joachim Könnefahrt; Erich Otto Hermann Schwampe; Rudolf Gottfried Paul Könnefahrt. — Es starben aus der Gemeinde: Auguste Könnefahrt geb. Behrendt; August Behrendt; Emma Luise Auguste Wildgrube geb. Bemm; Wilhelmine Bickert geb. Bouag. — Am Abendmahl nahmen 171 Gemeindeglieder teil. Davon waren 14 Hauskommunioanten.

Neuruppin. Eine Bürgermeisterversammlung Brandenburg-Nordwest hat hier unter dem Vorsitz des Ersten Bürgermeisters Dr. Blümel getagt. Sie beschäftigte sich insbesondere mit der Auflösung der Gutsbezirke und dem neuen Einheits-Haushaltsplan und hörte den Vortrag des Kreisiedlungsdirektors Stiegemann über Siedlungsfragen. Was die Auflösung der Gutsbezirke anbelangt, so wurde von den anwesenden Bürgermeistern lebhaft darüber geklagt, daß die Städte bei der Aufteilung der Gutsbezirke zurückgesetzt würden. Die Konferenz war der Ansicht, daß auch die Städte bei der Auflösung der Gutsbezirke und deren Zuteilung zu anderen Gemeinden als Beteiligte angesehen werden müssen. Wille des Befehlgebers sei es nicht gewesen, daß die Städte, wie es oftmals die Ansicht der Landräte sei, in dieser Frage von vornherein ausgeschaltet werden. Zu dem vom Reichsstadtebund aufgestellten Entwurf für einen Einheits-Haushaltsplan vertrat der Berichterstatter die Ansicht, daß es notwendig sei, zugunsten einer übersichtlichen Finanzgebarung die städtischen Haushaltspläne schon in diesem Jahre nach diesem Entwurf aufzustellen. — Kreisiedlungsdirektor Stiegemann sprach dann eingehend über die Fragen der ländlichen Siedlung, der Wohnstättenfleblung und der Landarbeiterfleblung, wobei er näher auf das soeben erschienene Landesrentenbankgesetz einging. Ganz besonders widmete sich der Vortragende der Frage der Landarbeiterfleblung, wobei er des näheren die Errichtung von Landarbeiter-Eigenheimen als Reichsheimstätten behandelte. — Die nächste Konferenz wurde für den Monat März in Aussicht genommen.

Bisher wurden Schüler höherer Lehranstalten, wenn die Eltern mit dem Schulgeld in Rückstand blieben, vom Unterricht ausgeschlossen. Kultusminister Becker hat jetzt angeordnet, daß man solche Schüler erst ausschließen soll, wenn auch das Vortreibungs-Verfahren ergebnislos geblieben ist.